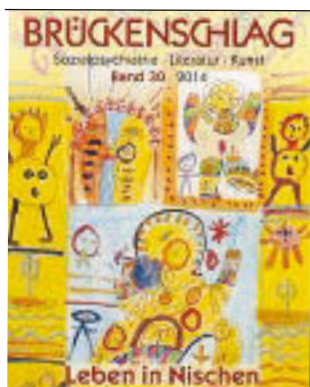


BÜCHER

■ Aus für Projekt



Mit einer Ausgabe zum Thema „Leben in Nischen“ verabschieden sich die Herausgeber vom Paranus-Verlag der Brücke Neumünster nach 30 Jahren von ihrem Projekt „Brückenschlag“. Viele liebten den Mix aus Bildern und literarischen und sozialpsychiatrischen Themen. In finanzieller Hinsicht blieb der „Brückenschlag“ eine Gratwanderung, die letztlich rote Zahlen schrieb. **Seite 25**

e-Health

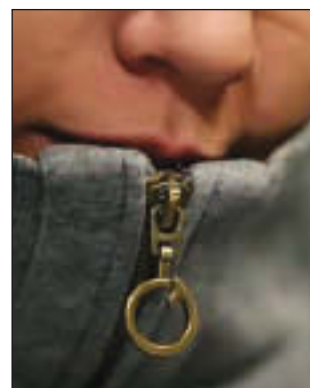
■ Pflege via Bildschirm



Internetprogramme für Menschen mit Depressionen oder Stressproblemen gibt es mittlerweile diverse. Und so war auch Online-Therapie Thema bei der e-health-conference in Hamburg. Derweil dringt das Internet auch in den psychiatrischen Pflegebereich vor. So in Günzburg, wo Ambulanz-Patienten im Rahmen eines Modellprojekts per PC „versorgt“ werden. **Seite 16**

TRAUMA

■ Handel mit Menschen



Die Dimensionen sind enorm, die Auswirkungen für Betroffene oft traumatisierend: Menschenhandel und Zwangsprostitution zählen zu den am schnellsten wachsenden Geschäftszweigen der organisierten Kriminalität in Europa. Thematisiert wurde die Problematik bei der Fachtagung des Interdisziplinären Forums Forensik (IFF) in Bremen und in einem Fernsehbeitrag, der bis nach Rumänien führt. **Seite 3**

Maßregel vor Gericht

■ DGPPN fordert einheitliche Reform

Das umfangreiche Wiederaufnahmeverfahren gegen Gustl Mollath vor dem Landgericht Regensburg füllt das Sommerloch. Auf dem Prüfstand steht dabei nicht nur die Rechtschaffenheit und „Normalität“ des Angeklagten, sondern auch das Vertrauen in Justiz und Gutachterwesen sowie das Rechtssystem in Gänze, das den Bayern für sieben Jahre in die forensische Psychiatrie brachte. Der Fall hat einiges in Bewegung gebracht. Mitte Juni hat Bayerns Justizministerium einen Gesetzesentwurf zur Reform des entsprechenden Strafrechtsparagrafen vorgestellt. Aus anderen Bundesländern liegen Vorschläge zur Reform des Maßregelvollzugs in entsprechenden Landesgesetzen vor. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) forderte zum Prozessauftritt die bundeseinheitliche Regelung einer Maßregelrechtsreform: „Eingriffe in Menschenrechte dürfen nicht Ländersache sein“, hieß es.

REGENSBURG (hin). Es ist ein Mammutprozess: An 17 Verhandlungstagen sind insgesamt 44 Zeugen geladen. Der Auftakt am 7. Juli endete gleich mit Streit: Mollath scheiterte mit seinem Ansinnen, sich während des Prozesses nicht von einem Gutachter im Gerichtssaal beobachten zu lassen. Da der Angeklagte eine erneute Begutachtung abgelehnt hatte, wurde vom Gericht Prof. Norbert Nedopil ins Gericht bestellt – der trotz Mollaths Protest auch dort blieb.

Die Anklage gegen Mollath lautet erneut auf gefährliche Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung. Er soll demnach seine frühere Frau körperlich misshandelt haben. Zudem wird ihm vorgeworfen, Auto-



Gustl Mollath im September vorigen Jahres bei einer Kundgebung in München. Foto: Michael Förtsch

reifen zerstoßen zu haben. Im ersten Prozess wurde Mollath wegen Schuld-

unfähigkeit freigesprochen – und stattdessen in die Psychiatrie eingewiesen. Das Gericht kann nicht hinter seinen Freispruch zurück, selbst wenn es zur Auffassung käme, dass Mollath die ihm zur Last gelegten Taten begangen hat. Rein theoretisch könnte der 57-Jährige noch einmal zwangseingewiesen werden, was als äußerst unwahrscheinlich gilt. Mollath selbst geht es nicht zuletzt um Wiedergutmachung und Entschädigung, die ihm zusteht, wenn die Unrechtmäßigkeit der langen Unterbringung festgestellt wird.

Auf Bundesebene wird derzeit an einer grundsätzlichen Verbesserung der Situation von psychisch kranken Straftätern im Vollzug in Form einer Reform des Paragraphen 63 des Strafgesetzbuchs gearbeitet.

Hauptknackpunkt ist die unbestimmte Länge der Unterbringung und deren Überprüfung. Bisher wird nur alle fünf Jahre ein externer Gutachter eingeschaltet. Regelungsbedarf sieht die DGPPN, die 2013 eine „Initiative Maßregelreform“ ins Leben gerufen hat, ferner bei der Qualität der forensischen Gutachten. Auch gebe es zu wenig qualifizierte Sachverständige. Schließlich fordert die Fachgesellschaft, dass ein reformiertes Maßregelvollzugsgesetz Mindeststandards für die Personalausstattung der forensischen Kliniken definieren soll.



Die „Humorbotschafter“ Annika Corleis (Nika) und Erich Hauptmann (Erico) im Altonaer Kinderkrankenhaus auf Späßvisite, wo der vierjährige Magnus wegen Neurofibromatose in Behandlung ist. Foto: Michaela Kuhn

Clowns im Glück

■ „Humorbotschafter“ ausgezeichnet

Die Klinik-Clowns Hamburg e.V. haben den mit 20.000 Euro dotierten diesjährigen Hauptpreis des HanseMercur Preises für Kinderschutz abgeräumt, der am 17. Juni in Hamburg überreicht wurde. Der älteste Sozialpreis Deutschlands wird seit 1980 ausgeschrieben.

Die Clowns sind seit zwölf Jahren als Mutmacher für Kinder im Klinikalltag unterwegs. So im Altonaer Kinderkrankenhaus und auf den Kinder(krebs)stationen des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.

Dabei machen sie sich die aus den USA stammende Wissenschaft von

den therapeutischen Auswirkungen des Lachens auf Psyche, Immunsystem und Schmerzempfindlichkeit zunutze. Auch demenzkranke und bettlägerige Senioren werden mittlerweile von den Clowns bespaßt, die auch regelmäßig mehrere Alteinrichtungen besuchen. Dort werde allerdings ein anderes Repertoire benötigt, da Kinder spontaner und direkter reagieren. „Aber das Musizieren und Singen oder der Einsatz von Handpuppen lässt auch die Bewohner im Altenheim ihren Alltag vergessen“, heißt es auf der Homepage (www.Klinik-Clowns-Hamburg.de).

„Ein Drittel vor der Flucht gefoltert“

■ Psychologenbund weist auf Traumafolgen hin und fordert Humanität

BERLIN (rd). Circa 30 Prozent aller in Industrieländer geflüchteten Menschen wurden vor ihrer Flucht gefoltert, gibt Eva van Keuk in Studien geschätzte Zahlen aus dem Jahr 2013 wieder. Van Keuk arbeitet als Psychologin und Psychotherapeutin im Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge in Düsseldorf und ist Menschenrechtsbeauftragte des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen

und Psychologen (BDP). Dieser erinnerte am Internationalen Tag zur Unterstützung der Folteropfer am 26. Juni daran, dass EU-Richtlinien die Aufnahmestaaten zur „notwendigen und adäquaten Behandlung von Folteropfern und anderen vulnerablen Gruppen von Flüchtlingen“ verpflichten.

Die Realität sehe allerdings anders aus, kritisiert BDP-Präsident Prof. Mi-

chael Krämer: „Die vor einem Jahr festgelegten Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, werden oft nicht eingehalten“, sagte er mit Verweis auf den Umgang mit Flüchtlingen in Lampedusa und die Diskussion um das sichere Drittland. Dieser werfe Fragen auf, „denen mit Humanität begegnet werden muss!“

Eva van Keuk erklärte des Weiteren,

dass ein Großteil der psychisch erkrankten Folterüberlebenden es vermeidet, an die traumatischen Erfahrungen erinnert zu werden. „Viele der traumatisierten Flüchtlinge verschweigen selbst in Asylanträgen die Details ihrer Foltererfahrungen mit der Folge, dass ihre Schilderungen als unglaubhaft eingestuft werden – und ihr Asylantrag abgelehnt wird.“

Hartmann und Crystal

BERLIN (rd). Nicht zuletzt das Geständnis des SPD-Innenpolitikers Michael Hartmann, im Herbst 2013 kurzzeitig Crystal Meth konsumiert zu haben, hat die Sorge vor einer weiteren Verbreitung der Droge verstärkt. Hartmann hatte erklärt, die Droge in der Hoffnung konsumiert zu haben, leistungsfähiger zu werden. Letzteres scheint in der Tat vornehmliches Ziel der Konsumenten zu sein. **Seite 2**

Leistungsdroge Crystal Meth

Erster Alternativer Drogen- und Suchtbericht fordert Wende in der Drogenpolitik und Entkriminalisierung

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), hat Crystal Meth den Kampf angesagt. Zugleich betonte sie, dass die Modedroge bislang vor allem in Regionen nahe der tschechischen Grenze ein Problem sei. Allerdings sei auch eine zunehmende Ausbreitung vor allem in Großstädten und bestimmten Szenen zu beobachten. Insgesamt zog sie eine positive Bilanz der Drogenpräventionsarbeit. Anders die Herausgeber des ersten Alternativen Suchtberichts, darunter der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit (akzept) und die Deutsche Aids-Hilfe. Sie forderten eine Wende in der Drogenpolitik und die Entkriminalisierung des Besitzes von illegalen Drogen für den Eigenbedarf.

BERLIN (epd/rd). Mortler betonte bei der Vorstellung des aktuellen Drogen- und Suchtberichts, dass es bislang keine gefestigte Datenlage über die Zahl der Crystal-Konsumenten gebe. Man wisse nur, dass das vornehmliche Motiv des Konsums Leistungssteigerung sei. Dies betreffe Schüler, Sportler, Berufstätige bis zur sogenannten Crystal-Mutter – alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens.

Laut der im Drogenbericht aufgeführten Statistik des Bundeskriminalamts über sichergestellte Mengen von Crystal ist Bayern mit 36 Kilogramm in 2013 Spitzenreiter. Im Jahr zuvor waren es rund 14 Kilogramm. Auf Platz zwei liegt Sachsen mit fast 27 Kilogramm im Jahr 2013 (2012: 24). Mit einigem Abstand folgen Sachsen-Anhalt (rund 6 Kilogramm), Thüringen (rund 3,5 Kilogramm) und Hessen (rund zwei Kilogramm). In den anderen Bundesländern lagen die Sicherstellungsmengen teilweise weit unter einem Kilogramm (ein Zehntelogramm gilt als eine Portion).

Im übrigen verwies die Drogenbeauftragte auf gesunkene Zahlen beim Tabak- und Alkoholkonsum Jugendlicher. Der Tabakkonsum der 12- bis 17-Jährigen habe sich von 2001 von 27,5 Prozent auf zwölf Prozent 2012 mehr als halbiert, sagte sie. Der regelmäßige Alkoholkonsum ist demnach von rund 18 auf 13,6 Prozent zurückgegangen. Der Cannabiskonsum war bis 2011 ebenfalls rückläufig, stieg laut Bericht im vergangenen Jahr aber wieder leicht auf 5,6 Prozent an.

Die Suchtexperten und Nichtregierungsorganisationen, die hinter dem ersten Alternativen Drogen- und Suchtbericht

stehen, sprachen hingegen von einem Reformstau, der aufgelöst werden müsse. Der jahrzehntelange Kampf gegen Drogen zeige, dass das Strafrecht nicht geeignet sei, Gesundheitspolitik zu betreiben.

Repression und Strafverfolgung erzeugten nur die „Illusion, die Probleme im Griff zu haben und richten in Wirklichkeit viel Schaden an“, kritisierte Dr. Bernd Werse (Uni Frankfurt). Als Folge des Betäubungsmittelgesetzes und der drohenden Strafverfolgung sei es nicht möglich, Cannabis als Medizin zu verwenden. Allein durch die Legalisierung von Cannabis könne rund eine Milliarde Euro jährlich eingespart werden, die bislang in die Strafverfolgung von jährlich rund 140.000 Strafverfahren fließe, sagte Maximilian Plenert (akzept). So könne derzeit schon der Besitz von zwei bis drei Cannabis-Pflanzen mit mindestens einem Jahr Haft bestraft werden. Der Drogenbericht weist in dem Zusammenhang auch auf eine von mehr als 120 deutschen Strafrechtsprofessoren unterzeichnete Resolution, in der die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Bundestages zu den Folgen des Drogenstrafrechts gefordert wird. Kritisch hinterfragt der Bericht ferner den gesellschaftlichen Umgang mit Tabak und Alkohol. Die Herausgeber fordern unter anderem ein vollständiges Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak und einen erschwerten Zugang zu Tabakprodukten durch Erhöhung der Steuer. Schließlich wurde kritisiert, dass es bislang nur in sechs Bundesländern Drogenkonsumräume gebe. 2013 konnten durch Druckräume rund 200 Menschen gerettet werden, hieß es.

IMPRESSUM

Verlagsanschrift:

Vitanas GmbH & Co. KGaA
Vitanas Sozialpsychiatrisches
Centrum Koog-Haus
Eppendorfer
Koogstraße 32
25541 Brunsbüttel
Telefon: (04852) 96 50-0
Telefax: (04852) 96 50-65
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:

Matthias Roller
Vitanas Gruppe
Michael Dieckmann
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)
Internet: www.eppendorfer.de
www.kooghaus.de
www.vitanas.de
www.ameos.eu

Redaktionsleitung, Organisation,
Gestaltung und Produktion:
Anke Hinrichs (hin)
Redaktionsbüro NORDWORT
Große Brunnenstr. 137
22763 Hamburg
Tel.: 040 / 41358524
Fax: 040 / 41358528
E-Mail: ahhinrichs@aol.com

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Ute Baader, Sönke Dwenger, Ilse
Eichenbrenner, Michael Freitag (frg),
Esther Geißlinger (est), Michael
Göttsche (gö), Dr. Verena Liebers,
Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh), Petra
Eiden (pe), Ute Thomsen (ut), Klaus
Frieling (klf), (rd) steht für Redaktion,
Agentur: epd

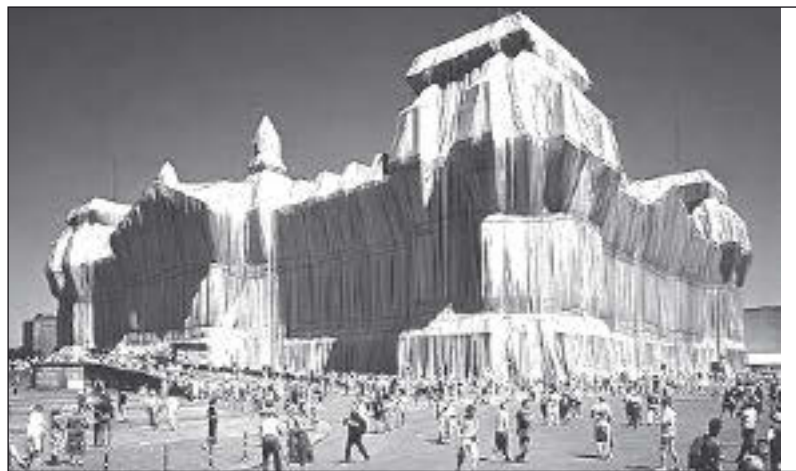
Fachbeirat:

Dr. Klaus Behrendt (Sucht)
Dr. Charlotte Köttgen
(Kinder- und Jugendpsychiatrie)
Dr. Claus Wächtler
(Gerontopsychiatrie)

Druck: Beig-Verlag, Pinneberg
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2012.
Der Eppendorfer erscheint zehnmal
im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.
Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und Fotos wird
keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichbe-
rechtigt – aber Texte müssen auch
lesbar sein. Wegen der besseren Les-
barkeit hat sich die Redaktion ent-
schieden, auf die zusätzliche Nutzung
der weiblichen Form zu verzichten.

Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

Psychiatrie ohne Amt

Mein erster Monat im „Pensionat“ beweist es: Ein Leben mit Psychiatrie und ohne Amt ist möglich!

Es ging los mit einer schönen Veranstaltung der BGSP am 11. Juni an einem besonderen Ort. Eine ehemalige Kirche der Anstalt Wuhletal fungierte als räumliche Schnittstelle zwischen Wohnungslosenhilfe und Gemeindepsychiatrie. Vier innovative Projekte bemühen sich in Berlin um die Zielgruppe dieser Schnittstelle und stellten sich vor. Sogar das Fallmanagement der Eingliederungshilfen war vertreten – ein guter Auftakt, der mit einem idyllischen Picknick auf der grünen Wiese seinen Ausklang fand. Mehr unter www.bgsp-ev.de. Eine Fortsetzung ist geplant.

Auch das Diakonische Werk hat die Brisanz des Themas erkannt, und Experte Theo Wessel knüpft zurzeit ein Projektnetzwerk.

Am 19.6. gab es für die Netzwerker und Gäste einen kleinen aber sehr kompetent besetzten Workshop zum Thema „Junge Menschen in besonderen Lebensverhältnissen zwischen den Hilfesystemen:

Auch kleine Ausflüge haben ihren Reiz

psychisch krank – suchtkrank – wohnungslos“. Versorgungsforscher Prof. Dr. Salize präsentierte erschütternde Zahlen. 82,4 Prozent der Wohnungslosen in Mannheim sind psychisch krank. Er machte aber auch Mut mit den guten Ergebnissen eines präventiv angelegten Projekts in Mannheim und Freiburg, für das der Christian-Roller-Preis verliehen wurde. „Ist es wirklich klug, laut zu sagen, dass der größte Teil aller Wohnungslosen psychisch krank ist?“ fragte ein Teilnehmer mit Blick auf die Ressentiments der Vermieter. Denn auch hier wurden Konzepte und Projekte vorgestellt, und der favorisierte und gut beforschte „housing first“-Ansatz steht und fällt eben mit den Angeboten auf dem Wohnungsmarkt. So beißt sich die Katze wieder einmal in den Schwanz.

Zu diesem Workshop am 19.6. in einem fast futuristisch anmutenden Areal hinter dem Nordbahnhof hatte es mich durch Zufall verschlagen, und ich rutschte nur grade so rein, weil jemand abgesetzt hatte. Ursprünglich wollte ich an genau diesem Tag nämlich im edlen Quartier 140 in der Friedrichstraße Herrn Ménendez erleben, jenen Juan E. Ménendez, der als Sonderberichterstatter der UN über Folter ein absolutes Verbot aller Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie fordert. Die Irrenoffensive hatte kolportiert, dass die DGPPN Herrn Ménendez zu einem Expertengespräch eingeladen habe und war mit Flugblättern und Transparenten in der Friedrich-

straße zur Stelle. Leider gelang es mir nicht, Zugang zu diesem exklusiven Event zu erhalten, sodass ich nichts berichten kann.

Sie merken schon – Berlin hat außer Gesundheitsämtern viele aufregende Orte und Gelegenheiten zu bieten. Doch es muss nicht immer so spektakulär sein, auch kleine Ausflüge haben ihren Reiz. Frau Schrod, eine ehemalige Ärztin unseres Sozialpsychiatrischen Dienstes, hat sich vor einigen Jahren niedergelassen und lud mich zu einer Exkursion rund um ihre Praxis ein. Sie praktiziert in Neukölln, mitten im berühmt-berüchtigten Rollberg-Kiez. Wir wanderten an den riesigen Wohnblocks entlang, deren Untergeschosse durchweg mit sozialen Projekten bestückt sind. Wir trafen auf Stadtteilmütter, Quartiersmanager, Familienhilfe, Pflegeprojekte und Treffpunkte unterschiedlichster Träger und Initiativen.

Mal kann man Wäsche waschen, plauschen und Tee trinken, oder es wird zu festen Zeiten landestypisch gekocht und gemeinsam gegessen. So ganz nebenbei traf Frau

Schrod auf ihre Kundschaft, wurde freudig begrüßt, erkundigte sich nach dem Befinden und lud zur Sprechstunde ein. Wir wechselten in den angesagten Schiller-Kiez am Rand des Tempelhofer Felds, wo ja nun – laut Volksbefragung – doch keine Randbebauung erfolgen wird. Hier schlägt die Gentrifizierung bereits erste Wellen, und eine ganz neue Klientel kommt in die Praxis. Gut gekühlt von dem ewigen Wind, der über die Brache des Tempelhofer Felds fegt, speisten wir in einem stylischen Bistro, wo schöne junge Menschen vor ihren Laptops saßen und in der Toilette mehrere Windel-Modelle für ganz andere Stadtteilmütter zur Auswahl standen. Zuletzt, im noblen Ambiente des Körnerparks, zwischen Oleander, sanften Wasserfontänen und THC-Brisen, war der Abschied vom Amt vollzogen.

Ilse Eichenbrenner

In aller Kürze

Traumatisch

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e.V. (DGKJP) will die Schäden, die Kinder und Jugendliche von der Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre in deutschen Psychiatrien erlitten haben, aufarbeiten und sich für die öffentliche Anerkennung des Leids der Betroffenen und deren Entschädigung einsetzen. Das kündigte die Fachgesellschaft nach einem Gespräch mit Betroffenen an, die die DGKJP nach einem Bericht des ARD-Magazins Monitor (www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2014/0410/hoelle.php5) eingeladen hatte. Sieben dort Porträtierte schilderten, wie sie schwer misshandelt, im Bett fixiert, in Einzelzellen gesperrt oder mit Valium ruhiggestellt wurden. Sie berichteten ferner über die schwere Kinder-Zwangs-Ar-

beit. „Ihre traumatischen Erfahrungen prägten auch ihr weiteres Leben. Viele haben heute auch angesichts vieler Folgeerkrankungen Angst davor, sich später in einem Pflegeheim wieder ausgeliefert zu fühlen“, so die DGKJP.

Mehr Krise, mehr Suizide

Fast 8000 Frauen und Männer mehr als im Durchschnitt haben in Europa seit 2009 ihrem Leben selbst ein Ende gesetzt. Das ist ein Anstieg von 6,5 Prozent. „Die wissenschaftliche Beweislage ist gut, dass die Rezession zur steigenden Zahl von Suiziden führt“, sagte Aaron Reeves von der Universität Oxford. In Spanien ist Suizid nach Krebs mittlerweile die zweithäufigste Todesursache. Auch in Griechenland und Irland steigt die Zahl der tragischen Fälle. In Schweden, Finnland und Österreich ging die Rate zurück.

AUS DEM INHALT

KINDER UND JUGENDLICHE

Multifamilientherapie etabliert sich S. 6

Denkmal wider die Namenlosigkeit S. 9

PsychKG: Entwurf kein großer Wurf S.13

KULTUR

Inklusion im Kulturbetrieb: Ziemlich beste Freunde? S. 14

„Reizende Therapie“ bald auch als Zusatzausbildung S. 19

BÜCHER

Barrakuda: Wenn der Sieg davonschwimmt ... S. 25

Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

Verkauft, verschleppt, missbraucht

■ Von der deutschen Provinz bis ins Rumänien der Menschenhändler: TV-Beitrag über Zwangsprostitution

MÜNCHEN (hin). Mitten in Deutschland: „Flatrate-Bordelle“, zu denen Busreisen organisiert werden und bei denen Männer Schlange stehen, um für einen Pauschalpreis grenzenlos Sex und Getränke zu bekommen. Von Frauen, von denen vermutlich viele dazu gezwungen werden, die ausgebeutet, gefangen gehalten und gequält werden oder wurden, in der Regel ohne dass den Tätern Konsequenzen drohen...

Von Profiten von insgesamt jährlich 32 Milliarden US-Dollar durch Menschenhandel ist in einer Dokumentation des Bayerischen Rundfunks mit dem Titel „verkauft, verschleppt, missbraucht“ die Rede. Weltweit gelangten etwa 2,4 Millionen Kinder, Frauen und Männer in die Hände von Menschenhändlern; etwa die Hälfte von ihnen

werde in die Prostitution verkauft, heißt es hier. Wobei: Zahlen sind in dem Bereich mit großer Vorsicht zu betrachten, die Angaben und Schätzungen differieren teils sehr.

Die Zahl der in Deutschland arbeitenden Prostituierten wird in dem Beitrag mit 200.000 beziffert, 80 Prozent davon seien Expertenschätzungen zufolge Zwangsprostituierte. Eine eigentlich gut gemeinte Entkriminalisierung bzw. Legalisierung habe dies befördert, sagen Kritiker. Das Prostitutionsgesetz von 2002 bedeute, dass „Deutschland heute das Bordell Europas ist“, so Lutz Besser, der Leiter eines Ausbildungsinstituts für Traumatherapeuten. Bis Ende des Jahres will die Große Koalition nun Vorschläge für eine Novellierung des Gesetzes vorlegen. Ziel ist eine genauere Kontrolle und mehr Schutz von

Prostituierten vor Gewalt und Ausbeutung. Deren empörenden Auswüchsen geht der BR-Beitrag nach, in dem Besser und Michaela Huber als Therapeuten und Psychotraumatologen zu Wort kommen, die die schweren Traumafolgen der Betroffenen aus ihrer Arbeit kennen. „Prostitution ist ein ganz schreckliches Gewerbe, es ist demütigend, quälend, ausbeutend, es tut weh. 90 Prozent der Prostitution ist ein dreckiges Geschäft“, so Michaela Huber. Sie berichtet vor der Kamera von übelsten Foltermethoden, denen betroffene Frauen ausgesetzt werden. Man sperrt sie ein, lässt sie hungern, dürsten und sich nicht waschen, vergewaltigt sie...

Allein aus Rumänien, wo Regisseur Klaus Wölfle vor Ort recherchierte, würden jedes Jahr „tausende Mädchen auf den europäischen Prostitutions-



Ein deutsches „Eros-Center“.

Foto: BR/Bildschirmfoto

markt geworfen“. Im Film sprechen ehemalige Zwangsprostituierte und Missbrauchsoffer über ihre Erlebnisse. In dem armen osteuropäischen Land werden Minderjährige offenbar besonders leicht Opfer von Entführung und Menschenhandel. In einem berüchtigten Gefängnis vor den Toren Bukarests konnte Wölfle auch mit Menschenhändlern sprechen. Er habe 400 bis 500 Dollar pro Frau bezahlt und diese für

1000 Dollar verkauft, berichtet einer von ihnen. Den florierenden Handel erklärt er sich so: Wenn Deutsche Geld für Sex mit einem Mädchen aus Rumänien bezahlen, würden sie denken, sie gehöre ihnen und sie könnten alles mit ihr machen. „Wenn sie ein deutsches Mädchen bezahlen, haben sie keine Gewalt über sie“.

Der Beitrag ist über www.ardmediathek.de abrufbar.

Ein boomender Markt

■ Forensiktagung beleuchtete globalen Menschenhandel / „Einer der lukrativsten Geschäftszweige der organisierten Kriminalität“ / System der Angst behindert Aufklärung

Sexual- und Tötungsdelikte erlangen in der Öffentlichkeit großes Interesse und sorgen für kritische Diskussionen. Auf der 9. Fachtagung des Interdisziplinären Forums Forensik (IFF) erörterten Experten exemplarische Fälle und Entwicklungen der Forensik aus fachlicher Sicht. Thematische Schwerpunkte waren in diesem Jahr neben Maßregelvollzug und Sexualdelikten auch Zwangsprostitution und Menschenhandel. Rund 200 Fachleute aus dem gesamten deutschsprachigen Raum tauschten sich im balladins Superior Hotel in Bremen zu diesem Thema aus.

BREMEN. Die alljährlich vom Interdisziplinären Forum Forensik in Bremen veranstaltete Fachtagung stand diesmal unter dem Titel: „Macht – Zwang – Gewalt?“ Zu den Teilnehmern gehörten Kriminalbeamte, Rechtsmediziner, Psychologen, Psychiater sowie Sozial- und Rechtswissenschaftler. Für eine rege Diskussion sorgte am ersten Kongresstag vor allem die Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangseinweisung und Maßregelvollzug am Beispiel des Falls Gustl Mollath. Die Beteiligten äußerten unter anderem Kritik an der aktuellen Vorgehensweise des Maßregelvollzugs. Ein Schwerpunkt am zweiten Tag beschäftigte sich mit Zwangsprostitution und Menschenhandel. Professor Dr. Luise Greuel, Rektorin



Dr. Axel Bötticher, ehemals Richter am Bundesgerichtshof, moderierte durch die Fachtagung in Bremen. Fotos (3): hrh

rin der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen, beschrieb die europaweite Situation, Gesetzgebung, psychologischen Hintergründe und die Motive der Täter, deren Opfer oft schwerste Traumatisierungen und Folgestörungen davontragen. „Menschenhandel zählt zu den lukrativsten und am schnellsten wachsenden Geschäftszweigen der organisierten Kriminalität in Europa“, so Greuel. Für die Drahtzieher ergäben sich extrem hohe Profite bei geringem Aufklärungsrisiko. Pro Jahr und Opfer würden laut Schätzungen der Vereinten Nationen 80.000 US-Dollar damit verdient. Rund 21 Millionen Frauen, Männer und Kinder weltweit seien Opfer. In vielen Fällen treffe es junge Frauen aus Osteuropa mit instabilen Familienbeziehungen, die ihrem vermeintlichen Freund in der Annahme einer echten **Liebesbeziehung ins Ausland folgten.** Mit der Hoffnung auf ein besseres Leben seien viele Frauen von den Tätern nach Deutschland verschleppt worden. Schon am Ankunftstag würden ihnen

typischerweise Pässe, Geld, Mobiltelefon sowie eigene Sachen weggenommen und sie mit Prostituierten-Kleidung ausgestattet. Oft fänden bereits in der ersten Nacht mehrfach sexuelle Übergriffe statt, und nach einigen Monaten würden sie gezwungen, in „Sauna-Clubs“ zu arbeiten. Auch eine komplette Begleitung und Überwachung auf Schritt und Tritt sei typisch. Wenn überhaupt kämen die Opfer nur durch die Hilfe von Freiern aus dieser Zwangslage. Vor Gericht hätten sie wenig Chancen gegen die Täter. Typisch seien komplexe Tatvorwürfe. Oft waren mehrere Täter als Teil globaler Netzwerke in die Abläufe verstrickt. In Deutschland würden den Justizbehörden jährlich etwa 500 Ermittlungsverfahren durch die Polizei gemeldet. Neunzig Prozent der Opfer kämen aus Europa, meistens aus Bulgarien oder

Rumänien. Aber: „Jedes fünfte Opfer ist deutsch“, betonte Luise Greuel zur Überraschung der Tagungsteilnehmer. Ebenso erstaunlich sei auch, dass die Täter in vielen Fällen selbst Frauen seien. Insbesondere in Afrika gäbe es gut organisierte Netzwerke, in denen die Täter zu 90 Prozent weiblich seien. „Der Menschenhandel in Nigeria ist fest in weiblicher Hand“, nennt Greuel ein Beispiel.

Besondere Schwierigkeiten bei der Tataufklärung entstünden oft durch die gezielte Strategie der Täternetzwerke, die Aussagen der Opfer unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Probleme bei den Ermittlungen ergäben sich regelmäßig durch die lange Befragungsdauer, fragwürdige Übersetzungen und die Angst der Opfer vor den Tätern. Schließlich seien Angehörige der Polizei in einigen Ländern selbst Teil des Täternetzwerks.

Axel Petermann, ehemals Leiter „Operative Fallanalyse“ beim Landeskriminalamt Bremen, beschrieb in seinem Vortrag die Situation in Bremen. Seit dem Jahr 2002 habe es dort rund 240 Verfahren in diesem Zusammenhang gegeben. Offiziell gemeldet seien in Bremen rund 500 Prostituierte, allerdings gehe er von einer beträchtlichen Dunkelziffer mit schätzungsweise weiteren 1000 illegalen aus. Mehrere Befragte, darunter ein Hausmeister eines Apartmenthauses, ortsansässige Nachbarn, Barbetreiber, eine rumänische Bardame und Mitarbeiter in einer Beratungsstelle im Rotlichtviertel gaben meist nur zurückhaltende Auskünfte über die Szene.

Demnach fehle oft das Vertrauen in die Polizei. Ihre Rolle als „Freund und Helfer“ sei vielen nicht bekannt. Häufig gäbe es keine Verfahren gegen die Täter. Wenn es Verfahren gebe sei eins auffällig: „Die Täter haben oft die besten Anwälte“, hat Petermann beobachtet. Denen gelänge es oft, die Opfer aufs Glatteis zu führen, denn oft seien keine nachvollziehbaren Schädigungen nachzuweisen, und die Chronologie der Ereignisse sei oft schwer rekonstruierbar.

Viele Frauen hätten Schamgefühle oder Angst vor (Re-)Traumatisierungen und Ächtung durch die Familie in der Heimat. Dieses Verhalten sei zum Teil auch durch ein divergierendes Rollen-

bild der Frauen begründet, bei dem Gewalt zum Alltag gehöre. Selbst Aussagen wie „Es ist hier doch noch besser als zuhause“ seien keine Seltenheit, so Axel Petermann.

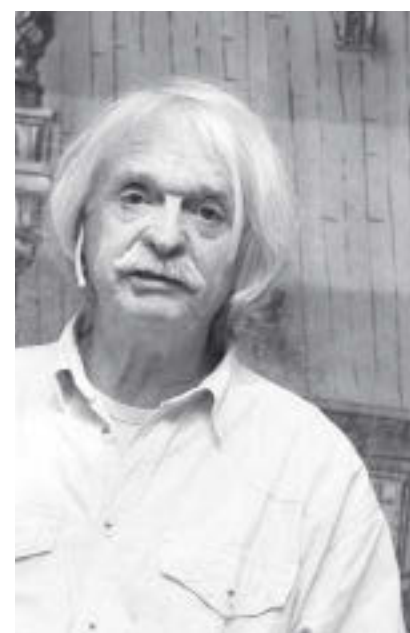
Dr. Heidrun Riehl-Halen

Kontakt & Hilfe

Bundesweite Angebote für Opfer von Zwangsprostitution:

– Der Verein KOK ist ein Zusammenschluss von Frauenorganisationen und Beratungsstellen für Betroffene von Menschenhandel. Auf der Homepage können örtliche Fachberatungsstellen und Einrichtungen gesucht werden, insbesondere für von Gewalt betroffene Migrantinnen. Weitere Informationen: www.kok-buero.de

– Das Hilfefonenummer 116 016 sind Beraterinnen rund um die Uhr erreichbar, und zwar auch für Angehörige und Freunde. Weitere Informationen: www.hilfefonenummer.de



Axel Petermann, ehemals Leiter „Operative Fallanalyse“ beim Landeskriminalamt Bremen, beschrieb die Situation in Bremen.



Professor Dr. Luise Greuel, Rektorin der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen, stellte Fakten zum Thema Zwangsprostitution und Menschenhandel vor.